

Walter Kasper

Kirchliche Entwicklungsarbeit im Zeichen universaler Solidarität

Die Entwicklungsarbeit ist seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in eine Krise geraten. Ratlosigkeit und Resignation breiten sich aus. Im ersten Enthusiasmus nach dem Fall des Eisernen Vorhangs glaubten viele, jetzt endlich sei die Eine Welt angebrochen, in welcher die allgemeinen Menschenrechte anerkannt und Demokratie verwirklicht werden. Dieser Traum ist rasch verflogen. Mit dem Zusammenbruch der Zweiten Welt ist auch deren Widerpart, die Erste Welt, in eine innere Krise geraten.

Der Erfolg des westlichen politischen und wirtschaftlichen Systems ist zugleich die Ursache seiner Krise. Denn aufgrund der Globalisierung des freien Marktes sind die reichen Nationen des Nordens in eigene wirtschaftliche und soziale Probleme geraten. Deshalb konzentrieren sie sich seither auf ihre eigenen Interessen, bei uns auf den Standort Deutschland. Entwicklungshilfe gerät da leicht ins Hintertreffen. Sie gilt den Nationen, die uns neue Absatzmärkte und damit auch Arbeitsplätze bescheren. Die ganz Armen, die für den Weltmarkt und damit für uns wirtschaftlich nichts bedeuten, drohen abgeschrieben zu werden. Wir sind aufs neue mit einer gespaltenen Welt konfrontiert.

Während des Ost-West-Konflikts galten klare Weltbilder und auch klare Feindbilder. Die Dritte Welt war von beiden Seiten als mögliches Einflußgebiet umworben und so in die Zweiteilung der Welt einbezogen. Jetzt ist sie in großen Teilen politisch, wirtschaftlich und militärisch uninteressant geworden. Das macht nationale und ethnische Konflikte eingrenzbar und ohne unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden möglich. Statt der proklamierten neuen Weltordnung ist es zu einer Weltunordnung gekommen.

Diese Situation ist nicht nur ein Problem der Politiker und der Wirtschaftsmänner. Sie ist unser Problem. Wir fühlen uns – wie Hans Magnus Enzensberger das formuliert hat – mit einer universalen Verantwortung überfordert. Wir haben genug mit unseren eigenen Sorgen. Das Hemd ist uns näher als der Rock. So schotten wir uns ab, grenzen uns ab und andere aus und finden uns mit einer gespaltenen Welt ab.

Diese neue Situation ist für die Kirche und für die kirchliche Entwicklungsarbeit eine enorme Herausforderung. Die Frage ist: Was kann und was muß die Kirche tun, und was tut sie tatsächlich angesichts der globalen Bedrohung einerseits wie der zynischen Aufkündigung universaler Verantwortung andererseits?

Kirche von Wesen und Sendung her für weltweite Solidarität in Dienst genommen

Die Kirche versteht sich auf dem Zweiten Vatikanum als Zeichen und Werkzeug der Einheit mit Gott und der Einheit aller Menschen (Lumen gentium 1 u. a.). Die Kirche steht demnach im Dienst universaler Solidarität. Sie kann, will sie nicht sich selbst untreu werden, gar nicht anders als weltweit solidarisch handeln und sich für weltweite Solidarität aller Menschen einsetzen. So muß die Kirche bereit sein, auch den Preis ihrer eigenen Katholizität zu bezahlen. Wir können nicht das eine eucharistische Brot teilen, ohne auch das tägliche Brot zu teilen. „Daher“ – so folgert die Würzburger Synode in ihrem Beschluß „Unsere Hoffnung“ – „geht es nicht nur darum, aus dem Überfluß etwas abzugeben, sondern auf berechnigte eigene Wünsche und Vorhaben zu verzichten.“ Die Würzburger Synode fährt fort: „Die eine Weltkirche darf schließlich nicht in sich selbst noch einmal die sozialen Gegensätze unserer Welt einfach widerspiegeln.“¹ Entsprechend bekennt sich die Kirche heute zur vorrangigen Option für die Armen.

Die Kirche setzt sich für Solidarität ein nicht allein und nicht einmal primär durch das, was sie sagt und was sie tut, sondern vor allem durch das, was sie ist. Die Kirche ist eine die Kulturen, die Völker, die Rassen und Klassen übergreifende weltweite Gemeinschaft. Bei allen Verschiedenheiten haben wir in den Grundfragen unseres Menschseins dieselben Glaubensüberzeugungen, und wir feiern dieselben Sakramente. Wir bekennen den einen Vater im Himmel und den einen Erlöser Jesus Christus; wir sind durch die eine Taufe im einen Heiligen Geist als Brüder und Schwestern verbunden. Diese Einheit in der Vielfalt und diese Katholizität sind ein wichtiges Stück verwirklichter weltweiter Solidarität, das man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Jeder, der in Länder der Dritten Welt kommt und dort christlichen Gemeinden begegnet, spürt das ganz unmittelbar. Er erfährt aber auch, daß er nicht nur der Gebende, sondern zugleich der vom Glauben, der Glaubensfreude und der Gastfreundschaft der Armen überreich Beschenkte ist. Die innerkirchliche Solidarität ist keine Einbahnstraße. Um so mehr verpflichtet sie uns heute zu universalem solidarischen Handeln.

Diese Globalisierung des Denkens und des Verhaltens haben die Päpste begriffen und gefordert, längst bevor man – wie heute üblich – von der Globalisierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte wie von der globalen Bedrohung gesprochen hat. Bereits Pius XII. erkannte, daß die soziale Frage heute nicht mehr allein eine Frage der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft, sondern eine Frage der Weltwirtschaft und der Weltpolitik ist. Papst Johannes XXIII. („Pacem in terris“, 1963), das Zweite Vatikanum („Gaudium et spes“, 1965) und Paul VI. („Populorum progressio“, 1967) haben diese Einsicht aufgegriffen und weitergeführt.

In den beiden letzten Sozialentzyklen des gegenwärtigen Papstes („*Sollicitudo rei socialis*“, 1987 und „*Centesimus annus*“, 1991) steht der Begriff „Solidarität“ ganz im Mittelpunkt. Dabei hat sich der Papst die vorrangige Option für die Armen voll zu eigen gemacht.

Aus dem Bereich der Kirche in Deutschland möchte ich wenigstens auf drei jüngere Veröffentlichungen hinweisen: Das Papier der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, „Gerechtigkeit für alle. Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit“ (1991), wo vor allem das Konzept einer armutsorientierten Entwicklungspolitik vertreten wird, und zwei Papiere der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz über „Die internationale Schuldenkrise“ (1988) und zu „Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung“ (1993)².

Solidarität

Solidarität ist einmal die empirisch feststellbare *Tatsache* der wechselseitigen Abhängigkeit, der Schicksalsgemeinschaft, die Tatsache, daß wir alle in einem Boot sitzen und auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind. In dieser Bedeutung kommt der ursprüngliche Rechtsbegriff von Solidarität als Gemeinhaftung nochmals zum Vorschein. Solidarität hat jedoch noch eine zweite, eine *ethische* Bedeutung: die Entschlossenheit, die tatsächlich gegebene gegenseitige Abhängigkeit anzuerkennen und danach auch zu handeln, sich für das Gemeinwohl, das heißt für das Wohl aller und jedes einzelnen, einzusetzen (*Sollicitudo rei socialis* 38). Es wäre jedoch verkehrt, diese ethische Bedeutung auf den Bereich der Individualethik zu begrenzen und die *ordnungspolitische* Gestaltungsebene zu übersehen, wie es im Solidaritätsprinzip der katholischen Soziallehre und dem daraus abgeleiteten Solidarismus zum Ausdruck kommt. In diesem Sinn will Solidarität Freiheit und Gleichheit miteinander vermitteln und zur sozialen Gerechtigkeit beitragen³.

Die ethische und politische Bedeutung von Solidarität läßt sich freilich nicht aus der faktischen Schicksalsgemeinschaft und aus der gemeinsamen Bedrohung im Sinn einer Zwangssolidarität ableiten. Aus der Tatsache der faktischen Abhängigkeit folgt die Haltung der Solidarität mitnichten notwendig und schon gar nicht zwanghaft. Sowohl in der Politik wie im Alltag lassen wir uns sehr oft von kurzsichtigem Eigennutzen und von Einzelinteressen leiten. Auch die Idee des wohlverstandenen Eigeninteresses, seit Adam Smith grundlegend für die Legitimation des freien Marktes, reicht nicht aus. Denn mit dieser Begründung allein kann man heute ganze Völker und ganze Regionen, an denen wir faktisch kein vitales Eigeninteresse haben (etwa Afrika südlich der Sahara), mehr oder weniger abschreiben.

Die Forderung nach Solidarität im Sinn des Einsatzes „für das Wohl aller und

jedes einzelnen“ geht über die faktische Schicksalsgemeinschaft und die sich aus ihr ergebenden Verhaltensweisen hinaus; sie bedeutet einen kontrafaktischen ethischen Überschuß. Wie läßt er sich begründen und plausibel machen? Wie kann er motivierend für das praktische Handeln werden? Wie kann deutlich werden, daß es sich dabei um mehr handelt als um gesinnungstüchtigen Moralismus edler Seelen?

In einer *philosophischen* Reflexion ergibt sich das christliche Verständnis der Solidarität aus dem christlichen Verständnis der Person. Die menschliche Person ist je einmalig; sie ist zugleich sozialbezogen, was Solidarität einschließt. Erst so kann Solidarität als universelles Sozialprinzip erkennbar werden und strukturell universale Geltung beanspruchen. Denn wenn die Würde des Menschen in seinem Personsein gründet und Sozialbezogenheit zur Natur dieses Personseins gehört, dann schließt dies notwendig Solidarität mit allem ein, was Menschenantlitz trägt⁴.

Aber aus solchen mehr oder weniger abstrakten Prinzipien ergibt sich noch keine konkrete Motivation. Darum ist für die Christen die Erinnerung an die biblischen Erzählungen und Vorbilder als Kontrasterfahrung wichtig. Ihre tiefste *theologische* Begründung findet die Solidarität zunächst in der Überzeugung des Glaubens von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen, welche sich bereits auf der ersten Seite der Bibel findet. Dies war eine geradezu revolutionäre Aussage, weil sie anders als der antike Humanismus nicht zwischen Freien und Sklaven, Hellenen und Barbaren unterschied, sondern sagte, daß unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Volk, einer Rasse, einer Kultur und auch einer Religion auf allem, was Menschenantlitz trägt, etwas widerscheint von Gottes Herrlichkeit und Würde. Die bereits in der Schöpfung begründete Solidarität aller Menschen hat zur Konsequenz, daß die Güter der Erde grundsätzlich für alle Menschen bestimmt sind und in gerechter und billiger Weise allen zugute kommen müssen (Gaudium et spes 69; Sollicitudo rei socialis 42).

Die Bibel führt diesen Gesichtspunkt weiter in ihrem Zeugnis von Gottes Solidarität mit uns, also vom Bund Gottes mit uns Menschen. Dabei gilt Gottes Zuwendung besonders den Armen, Schwachen und Kleinen. Dieser Bund kommt in Jesus Christus zur letzten Erfüllung. Jesus ist der Mensch für die anderen Menschen. Als der, welcher ganz „für die vielen“, das heißt für alle lebt und stirbt, ist er der radikal Solidarische. Nachfolge Jesu und Solidarität lassen sich deshalb nicht trennen. Durch Jesus Christus sind wir im einen Heiligen Geist alle eine Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern. Sie lebt in der Hoffnung auf die Erlösung aller Menschen in der Vollendung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit, wo Gott endgültig „alles in allem“ sein wird. Diese Hoffnung auf die endgültige und vollendete Solidarität findet ihren letzten Grund im christlichen Gottesbild, in der innergöttlichen Einheit in der Dreiheit und Dreiheit in der Einheit (Sollicitudo rei socialis 40)⁵.

Aus dieser christlichen Sicht ergibt sich ein neuer Maßstab und ein neues Modell der Einheit des Menschengeschlechts, an dem sich die Solidarität in letzter Instanz inspirieren muß und von dem her sie sich auch immer wieder motivieren kann.

Was kann die Kirche für die weltweite Verwirklichung der Solidarität tun?

Die Kirche hat gerade in der gegenwärtigen Situation, die charakterisiert ist durch Individualisierung und Entsolidarisierung, in der wir eine Verknappung der Ressource Solidarität feststellen, wo sich die persönlichen, oft egoistischen Eigeninteressen, die regionalen und nationalen Interessen wieder so gefährlich in den Vordergrund schieben, erstens und vor allem eine *prophetische* Funktion. Sie muß die Rolle einer unbequemen Mahnerin übernehmen und kritisch-befreiend den Bann des falschen Bewußtseins und des Interessenspiels aufdecken und aufbrechen. Dabei muß sie besonders für die Marginalisierten, die sich nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden und sich nicht selbst in die allgemeine Solidarität einbringen können (und das sind heute nicht nur einzelne oder kleine Gruppen, sondern ganze Völker und Kontinente), eine Bresche schlagen und eine Anwaltschaft für die Armen und Ärmsten übernehmen.

Die erste Aufgabe der Kirche ist darum Überzeugungsarbeit, *Bewußtseins- und Gewissensbildung*. Sie ist auch für den Staat und die Gesellschaft von unersetzbarer Bedeutung. Denn Staat und Gesellschaft setzen die inneren Überzeugungen ihrer Bürger voraus. Sie leben aus Voraussetzungen, die sie nicht selbst schaffen können; sie sind daher auf die Sinnstiftung durch Institutionen wie die Kirchen dringend angewiesen.

Dazu ein Zweites: Die Kirche kann Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur einfordern. Sie muß versuchen, selbst *Zeichen der Solidarität* zu setzen. Zur Wortverkündigung muß die Tatverkündigung kommen. Hier sind vor allem die kirchlichen Hilfswerke (Misereor, Adveniat, Renovabis, Missio, die Not- und Katastrophenhilfe der Caritas, auf evangelischer Seite Brot für die Welt) zu nennen. Diese Werke stützen sich in gewissem Sinn auf eine breite Basisbewegung. Sie könnten nicht arbeiten ohne die anerkanntermaßen große Spendenbereitschaft der deutschen Katholiken. Zu nennen sind außerdem viele Einzelinitiativen auf Diözesan- und Pfarreebene, von Orden, Verbänden, geistlichen Gemeinschaften und von Dritte-Welt-Gruppen⁶. Um eine Veränderung der Verhältnisse im Sinn der weltweiten Solidarität zu erreichen, bedarf es solcher vielfältiger Basisbewegungen und solcher Allianzen der Solidarität.

Selbstverständlich kann die Kirche, schon gar nicht die Kirche in Deutschland, damit nicht die Probleme der Welt lösen. Was wir tun, ist im Grunde fast nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch auch damit können wir zahllosen Men-

schen helfen, und jeder einzelne, dem wir zu einem menschenwürdigeren Dasein verhelfen, lohnt die ganze Mühe. Aber wir können mit dem, was wir sagen und tun, darüber hinaus weithin sichtbare und zur Nachahmung anstiftende Zeichen der Solidarität setzen, welche ihrerseits für viele Menschen Signale der Hoffnung sind. Solche konkrete und praktische Hoffnungssignale zu setzen, bewirkt mehr als ideologische Sündenbocktheorien aufzustellen, apokalyptische Schreckensszenarien zu entwerfen oder sich in larmoyanter moralisierender Selbstkasteiung zu üben.

Konzept der kirchlichen Entwicklungsarbeit

Die Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten; sie legt keine wirtschaftlichen Systeme oder Programme vor. Die kirchliche Soziallehre ist auch kein dritter Weg zwischen liberalistischem Kapitalismus und marxistischem Kollektivismus. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer sorgfältigen Reflexion über die Gegebenheiten des menschlichen und sozialen Lebens im Licht des christlichen Menschenbildes. Daraus ergeben sich Leitprinzipien, Urteilskriterien und Richtlinien für das Handeln (*Sollicitudo rei socialis* 41; vgl. *Centesimus annus* 43; 46). Konkrete Anwendung können diese freilich nur finden unter Berücksichtigung der legitimen Autonomie der weltlichen und das heißt der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Sachbereiche und des entsprechenden Sachverstands (*Gaudium et spes* 36). Insofern ist die kirchliche Soziallehre kein deduktiv abzuleitendes geschlossenes System. Sie ist auf die Analyse der immer wieder neuen geschichtlichen Situationen angewiesen und ist daher eher als geschichtlich offenes System zu charakterisieren.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich im folgenden acht *Leitlinien* einer solchen solidarischen kirchlichen Entwicklungsarbeit nennen:

1. Unsere Werke und die anderen Aktivitäten wollen nicht Hilfe, die abhängig macht, sondern *partnerschaftliche* Zusammenarbeit und deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Es gilt die Armen der Welt nicht als Almosenempfänger und als bloße Objekte der Fürsorge zu behandeln, sondern ihnen als Subjekten zu begegnen und sie aktiv und verantwortlich in die Entwicklungsarbeit einzubeziehen (*Partizipation*). Entsprechend hat eine neuere Untersuchung über „Kirche und Entwicklungsproblematik“ die Sache auf die Formel gebracht: „Von der Hilfe zur Zusammenarbeit“.

2. Die kirchliche Entwicklungsarbeit will nicht nur Not- und Katastrophenhilfe, sondern *strukturelle* Hilfe, die immer auch eine politische und soziale Dimension hat. Das betrifft nicht nur die Einrichtung und Förderung von Institutionen (Schulen, Krankenstationen, Lehrlingswerkstätten u. a.), sondern die Hilfe zum Aufbau gerechter sozialer und rechtsstaatlicher demokratischer Strukturen

wie zur Überwindung von „Strukturen der Sünde“ (*Sollicitudo rei socialis* 36). Sie arbeitet – in dem Maß, als dies der Kirche möglich ist und sie darauf Einfluß nehmen kann – auch für eine Reform der entsprechenden internationalen Ordnungssysteme und Institutionen (internationales Handelssystem, Weltwährungs- und Finanzsystem). Die Entwicklung von karitativer Hilfe zum Einsatz für weltweite Gerechtigkeit birgt unvermeidlich eine Menge an politischem Konfliktpotential. Die Kunst besteht darin, begrenzte Konflikte zu riskieren, ohne noch stärkere Repressionen zu provozieren oder zu Revolutionen anzustiften, welche erfahrungsgemäß die Situation der Armen meist eher verschlechtern als verbessern.

3. Die kirchliche Entwicklungsarbeit strebt eine *ganzheitliche* Entwicklungshilfe an, die über die Befriedigung der „basic needs“ hinaus sowohl wirtschaftliche wie soziale, politische, kulturelle, geistige, moralische und religiöse Entwicklung des Menschen im Auge hat. Es geht also weder bloß um Bereitstellung von Geld (Kapital) noch um Technologietransfer, sondern darum, daß Menschen geholfen wird, ganzheitlich zu ihrem Menschsein zu finden und ihre Menschenwürde zu leben (vgl. *Populorum progressio*). Es geht um Investition in Menschen. Dazu gehört auch der Respekt vor gewachsenen kulturellen Traditionen wie die Sorge um eine Humanökologie, das heißt um die Wahrung und Förderung der moralischen Bedingungen des Menschseins (*Centesimus annus* 38).

4. Unsere Entwicklungshilfe will betont *armutsorientiert* sein. Sie unterstützt nicht Prestigeobjekte, die meist ohnehin in den Sand gesetzt sind, oder hochtechnologische Anlagen, für deren Betrieb in den betreffenden Ländern sehr oft die Voraussetzungen fehlen, noch dient sie der Erschließung neuer Absatzmärkte; sie will auch nicht der Bereicherung der „politischen Klasse“ oder einer arrivierten Elite dienen, sie vertraut auch nicht darauf, daß die Hilfe sozusagen von oben nach unten zu den Armen durchsickert. Sie will die Armen vor Ort direkt erreichen, sie einbeziehen und sie befähigen, sich selbst zu helfen.

5. Wesentlich ist die Stützung und die Förderung der *Familien*, welche bei ungeordneten Modernisierungsprozessen sehr oft auseinanderbrechen. Die Familie ist aber die Grundzelle jeder menschlichen Gesellschaft und gerade in Zeiten der Krise und der Not meist der einzig verbleibende Halt.

Schwierig ist in diesem Zusammenhang freilich noch immer der Umgang der Kirche mit dem Problem der *Bevölkerungsentwicklung*⁷. Man kann dieses Problem – wie es oft geschieht – maßlos übertreiben („Bevölkerungsexplosion“, „B-Bombe“), man kann es freilich auch untertreiben, und kirchliche Texte neigen gelegentlich zur letzteren Gefahr. Völlig absurd ist es, der katholischen Kirche gar die Hauptschuld an einer Überbevölkerung der Erde zuzuschreiben. Denn dort, wo sie vor Ort Einfluß hat, leistet sie – wie ich auf allen Reisen in die Dritte Welt in Erfahrung bringen konnte – Beträchtliches. Dies geschieht nicht zuletzt durch viele Ordensfrauen in Kranken- und Geburtshilfestationen; dies geschieht aber vor allem durch Mädchen- und Frauenbildung. Denn die Leitvorstellung der

Kirche, die verantwortliche Elternschaft, wendet sich in erster Linie gegen staatliche Zwangsmaßnahmen (Gaudium et spes 87). Dieses Ziel zu erreichen ist nicht in erster Linie eine Sache der Verhütungsmethoden, sondern des Bildungs- und Entwicklungsstands. Es kann als erwiesen gelten, daß die Armen nicht arm sind, weil sie viele Kinder haben; sie haben viele Kinder, weil sie arm und weil die Kinder ihr einziger Reichtum sind. Entwicklungs- und Bildungsarbeit ist darum die beste Bevölkerungspolitik.

6. So trat in den letzten Jahren im Zusammenhang der Entwicklungsarbeit immer mehr die Frauenarbeit und die *Frauenförderung* in den Vordergrund⁸. Die Armut ist weiblich. Frauen und Kinder sind in Armutssituationen, bei Bürgerkriegen, Vertreibungen und Migrationsbewegungen vor allem die Leidtragenden. Frauen sind umgekehrt aber auch der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklungsarbeit.

7. Es muß auch auf die *ökologische* Dimension der Entwicklungsarbeit hingewiesen werden⁹. Man muß helfen, daß in der Dritten Welt nicht dieselben Fehler gemacht werden wie bei uns, etwa durch Monokulturen, Raubbau an den Ressourcen, Überdüngung der Böden, Abholzung der Regenwälder u. a. Die eigentlichen Umweltsünder sind freilich nicht die Menschen in der Dritten Welt, sondern wir in den entwickelten Ländern. Die ökologische Problematik ist daher in erster Linie eine Anfrage an unseren Lebensstil.

8. Deshalb gilt letztes: Die Arbeit in der Dritten Welt setzt die Bewußtseinsbildung und die *Bewußtseins- wie Verhaltensänderung* bei uns voraus. Dem dient u. a. die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit wie die Öffentlichkeitsarbeit der Werke. In diesem Bereich sind freilich katholischerseits noch deutliche Defizite auszumachen. Ich halte darum die jüngst wieder erhobene Forderung, einen Fonds für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit zu schaffen, auch wenn die finanziellen Voraussetzungen dafür gegenwärtig sicher nicht die besten sind, grundsätzlich für bedenkenenswert.

Die aktuelle Herausforderung: eine neue solidarische Weltordnung

Alles bisher Gesagte entspricht einem weitgehenden Konsens kirchlicher Entwicklungsarbeit, wie sie in den letzten Jahrzehnten entwickelt wurde. Seit der Wende von 1989 werden die Karten der Weltpolitik nun aber neu gemischt. Nach dem Ende des Zwei-Blöcke-Systems, in das die Dritte Welt strategisch und wirtschaftlich einbezogen war, steht die Frage einer neuen Weltordnung auf der Tagesordnung der Politik. Wir können deshalb heute auch in der Entwicklungsarbeit nicht einfach die alten Konzepte fortschreiben. Neue Konzepte sind bisher freilich höchstens in Umrissen in Sicht.

Zwar hat das westliche Modell des freien Markts über die zentralistische sozia-

listische Planwirtschaft den Sieg errungen, aber es steht nunmehr selbst vor enormen inneren Problemen. Einerseits bewirkt die Globalisierung der Weltmärkte die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer und produziert so verbunden mit technischen Innovationen in den reichen Ländern zunehmend Arbeitslosigkeit und damit soziale Verwerfungen und Konflikte. Auf der anderen Seite breiten sich gegenwärtig die westlichen Lebensstandards weltweit aus und erwecken Erwartungen, die in riesiger Spannung stehen zur erdrückenden Realität. Da die Schere zwischen den reichen und den armen Ländern immer mehr auseinandergeht, kommt es unvermeidlich zu wachsenden weltweiten Armutswanderungen. So befürchten manche einen Zusammenprall der Zivilisationen, welcher nur verhindert werden könnte durch einen gerechten Ausgleich und eine neue Solidarität zwischen Nord und Süd.

Die Grundfrage, vor der wir stehen, lautet: Welches ist das *Leitbild einer solidarischen Welt*? Selbstverständlich läßt sich das westliche Modell nicht einfachhin auf die Welt und auf die Länder der Dritten Welt übertragen. Die Fehler der ersten Dekade der Entwicklungspolitik, wo man meinte, es gehe um einen Aufholprozeß der armen Länder und auf deren Anhebung auf das Niveau der reichen, sollen nicht wiederholt werden. Dabei hat man nicht nur die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, sondern ebenso die unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen übersehen; man ging naiv von einer künftig möglichen Welteinheitskultur aus. Wollte man das westliche Wohlstandsmodell universalisieren und würden alle Menschen auch nur annähernd so leben wie wir im privilegierten Norden, würde dies zum ökologischen Kollaps führen.

Doch nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft ist praktisch nur das Marktmodell übriggeblieben. Das *reine Marktmodell*, die im neoliberalen Sinn freie Marktwirtschaft der USA und in etwa auch Großbritanniens seit Margaret Thatcher, grenzt die nicht konkurrenzfähigen Schwachen aus und ist damit weit davon entfernt, Solidarität zu ermöglichen. Der Weg verschiedener Länder Asiens (Korea, Taiwan, Singapur, künftig wohl auch China, Indonesien u. a.), Marktwirtschaft mit einer mehr oder weniger autoritären Staatsform zu betreiben, mag in einer Anfangsphase erfolgreich sein; doch in der weiteren Entwicklung setzt die Marktwirtschaft die freie Initiative und das freie Unternehmertum voraus. So muß man fragen: Ist das europäische Modell einer sozial orientierten Marktwirtschaft wenigstens tendenziell auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die Dritte Welt übertragbar? Ist es im Wettstreit mit den USA und mit Asien konkurrenzfähig? Oder müssen auch wir es aufgeben zugunsten eines neoliberalen Modells („Kapitalismus pur“)?

Das Modell der *sozialen Marktwirtschaft* ist sicher auch dort, wo es angewandt wird, weit davon entfernt, der Forderung nach Gerechtigkeit in zufriedenstellender Weise Genüge zu tun. Aber es hat sich als praktisch brauchbar, ja als erfolgreich erwiesen, um einen hohen Wohlstand der großen Mehrheit der Bevölkerung

zu erreichen. Mehr als die anderen Modelle basiert es auf der Achtung der menschlichen Würde (Sozialgesetzgebung, Mitbestimmung u. a.). Es bezieht die „Ressource Mensch“, seine Phantasie, seine Initiative, seinen Unternehmergeist, aber auch seinen Anspruch auf Selbstbestimmung und Mitbestimmung konstruktiv ein. Insofern wird es in „Centesimus annus“ positiv gewürdigt (19; 35 u. a.). Denn für die Kirche ist Wurzelgrund, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen die menschliche Person, die von ihrem Wesen her des gesellschaftlichen Lebens bedarf (Gaudium et spes 25).

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft setzt freilich *rechts- und sozialstaatliche Rahmenbedingungen* voraus. Soll es also von der Ebene der Volkswirtschaft wenigstens tendenziell auf die Ebene der Weltwirtschaft übertragen werden, dann müßten auch dort ähnliche rechts- und sozialstaatliche Rahmenbedingungen hergestellt werden. Dies scheitert bisher nicht nur an Defiziten oder gar Fehlanzeigen in den vielen Ländern der Dritten Welt, sondern auch am sich abschottenden Protektionismus und einer rigorosen Schulden- und Zinspolitik der reichen Länder, die sich aus opportunistischen Gründen weigern, ihre eigenen ethischen und rechtlichen Ordnungsvorstellungen auch auf der globalen Ebene konsequent anzuwenden und den armen Ländern einen freien und gleichberechtigten Zugang zum Weltmarkt zu gewähren. Vor allem aber fehlt es weitestgehend an supranationalen Instanzen, die solche Rahmenbedingungen überhaupt setzen und durchsetzen können.

Ich möchte einige mögliche Schritte andeuten, um hier in einem zweifellos langen und schwierigen Prozeß weiterzukommen:

1. Veränderungen geschehen immer zuerst in den Köpfen und in den Herzen. Also ist *Bewußtseinsbildung* in den entwickelten Ländern nötig. Erst nach einer Änderung der geistigen und moralischen Haltungen (Sollicitudo rei socialis 38) ist ein Strukturwandel möglich. Der Weg der Metanoia muß von einem rein quantitativen, weithin konsumistischen Denken zu einem qualitativen, von humanen Wertvorstellungen bestimmten Denken und Verhalten, vom Wohlleben zum guten Leben, vom Haben zum Sein gehen.

Solche Bewußtseinsbildung führt nicht über Moralpredigten; sie bewirken innerhalb wie außerhalb der Kirchen wenig. Wirksamer sind konkrete signifikante, vielleicht auch bewußt provozierende Aktionen. Man könnte etwa Produkte, die aufgrund fairer Löhne hergestellt wurden und für die entsprechend ein fairer Preis zu zahlen ist, mit einem Label versehen und dafür werben, andere Produkte dagegen, welche nur durch Ausbeutung zu einem billigen Preis zustande gekommen sind, ächten. Dadurch könnte – ähnlich wie bei den ersten Initiativen zu einem veränderten Umweltbewußtsein – langsam ein neues Bewußtsein entstehen.

2. Stützung von *Kleinunternehmen* und von *Eigeninitiativen* (Produktions-, Konsum-, Kreditgenossenschaften u. a.) in Entwicklungsländern. Dazu kann auch

die Unterstützung des informellen Sektors, der sogenannten Schattenwirtschaft, gehören; sie ist für die Armen, da sie vom formellen Wirtschaftssektor ausgeschlossen sind, in vielen Fällen die Überlebensökonomie. Ziel muß sein, zum Aufbau eines eigenen Mittelstands und einer Zivilgesellschaft zu kommen. Dies setzt u.a. die Initiierung und Förderung von Bildungs- wie *Demokratieförderungsprogrammen*¹⁰ voraus. In diesem Bereich geschieht schon jetzt sehr vieles, weniger durch die staatliche Entwicklungshilfe als durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und hier vor allem durch die kirchliche Entwicklungsarbeit, das verstärkt und konsequent weitergeführt werden muß.

3. Die bereits vorhandenen Ansätze zu einer *internationalen politischen Ordnung* (internationale Abkommen, Internationales Arbeitsamt, Internationale Entwicklungsbehörde, Internationaler Währungsfonds, Weltbank u.a.) müßten nicht nur gestärkt werden, sondern zu Initiatoren und Trägern rechts- und sozialstaatlicher Veränderungen auf nationaler wie internationaler Ebene werden und so eine Art Weltordnungspolitik (Global Governance) betreiben (vgl. Gaudium et spes 82; Sollicitudo rei socialis 43; Centesimus annus 58). Dazu ist freilich weit mehr notwendig als die weithin unverbindlichen Erklärungen der aufwendigen Weltkonferenzen der letzten Jahre (Rio de Janeiro 1992, Wien 1993, Kairo 1994, Kopenhagen 1995, Beijing 1995, Istanbul und Rom 1996). Es müßte möglich werden, einen rechts- und sozialstaatlichen Mindeststandard verbindlich festzusetzen und dann auch durchzusetzen. Das schließt eine effiziente Kontrolle der multinational operierenden Konzerne ein. Dazu gehört außerdem eine globale Umweltpolitik mit dem Ziel einer zukunftsfähigen Entwicklung (sustainable development). Die Solidarität bezieht sich ja nicht nur auf die gegenwärtige Generation, sondern auch auf die kommenden Generationen, denen wir eine intakte Natur hinterlassen müssen, in der menschenwürdiges Leben und Überleben möglich ist.

Weltethik!
Künig.

Mit alledem ist nicht die gelegentlich erhobene Forderung nach einem Weltstaat mit einer Art Weltregierung gemeint. Es geht vielmehr um zwischenstaatliche Institutionen mit begrenzten Hoheitsrechten, in etwa und bis zu einem gewissen Grad mit den gegenwärtigen Institutionen der EU vergleichbar.

Mit diesen Aufgaben stehen wir vor weitgehend neuen Herausforderungen und auch erst am Anfang einer neuen Entwicklung, auf die sich die nationale wie die internationale Politik erst noch voll einrichten müssen. Letztlich geht es um eine neue Weltordnung mit einem Mehr an weltweiter rechtsstaatlicher Demokratie, einem Mehr an Gerechtigkeit und Solidarität und damit um ein Mehr an konkreter Humanität. Die Kirche und ihre Werke müssen immer wieder daran erinnern: Ohne Solidarität kein Friede, sondern Gefahr, ja Katastrophe für die politische, soziale, ökonomische und ökologische Ordnung. Oder, wie es der Papst formuliert hat: „Opus solidaritatis pax“, „Der Friede ist die Frucht der Solidarität“ (Sollicitudo rei socialis 39).

ANMERKUNGEN

¹ GSyn 1, 109.

² Analyse der kirchl. Entwicklungsarbeit: H.-R. Hemmer, H. Kötter, Armutsorientierte kirchl. Entwicklungsarbeit. Eine sozio-ökonom. Analyse (Aachen 1990); Signale der Solidarität. Wege chr. Nord-Süd-Ethik, hg. v. U. Pöner, A. Habisch (Paderborn 1994); P. Langhorst, Kirche u. Entwicklungsproblematik. Von d. Hilfe zur Zus.arbeit (Paderborn 1996); zur Problematik insges.: F. Nuscheler, Lern- u. Arbeitsbuch Entwicklungspolitik (Bonn ⁴1996).

³ Zur begriffll. Klärung: H. G. Ulrich, Solidarität, in: Lex. d. Wirtschaftsethik (Freiburg 1993) 959–963; zur Sache selbst: O. v. Nell-Breuning, Unsere Verantwortung. Für eine solidar. Ges. (Freiburg 1987).

⁴ Vgl. dazu: A. Baumgartner, W. Korff, Das Prinzip Solidarität. Strukturgesetz einer verantworteten Welt, in dieser Zs. 208 (1990) 237–250.

⁵ Zur theolog. Bedeutung d. Solidarität in d. Soteriologie: W. Kasper, Jesus der Christus (Mainz ¹¹1992) 254–269.

⁶ Vgl. dazu: F. Nuscheler u. a., Chr. Dritte-Welt-Gruppen. Praxis u. Selbstverständnis (Mainz 1995), zus.gefaßt in: Handeln in der Weltges. Chr. Dritte-Welt-Gruppen, hg. v. d. Wiss. Arbeitsgruppe f. weltkirchl. Aufgaben d. DBK (Bonn 1995).

⁷ Vgl. dazu: Bevölkerungswachstum u. Entwicklungsförderung. Ein kirchl. Beitrag zur Diskussion (Die Dt. Bf., Komm. Weltkirche 15, Bonn 1993); KaEK 2, 424–426.

⁸ Die lehramtl. Texte bei Langhorst (A. 2) 322–324; 352–354; vgl. L. Klemp, Frauen im Entwicklungs- und Verelendungsprozeß, in: Hb. d. Dritten Welt, Bd. 1 (³1992) 287–303; M. Eckholt, Die Präsenz d. Weiblichen. Die Rolle d. Frau in Kultur u. Theol. Lateinam., in: HK 49 (1995) 141–146.

⁹ Vgl. dazu die teilweise heftig diskutierte, aber insgesamt in die richtige Richtung weisende Untersuchung: Zukunftsfähiges Dtl. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, hg. v. BUND u. Misereor (Basel 1996).

¹⁰ Vgl. G. Erdmann, Demokratie u. Demokratieförderung in d. Dritten Welt. Ein Literaturbericht und eine Erhebung d. Konzepte u. Instrumente (Wiss. Arbeitsgruppe für weltkirchl. Aufgaben d. DBK, Bonn 1996).